

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Adelheid Tröscher, Reinhold Hemker,
Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/9607 –**

Entwicklungspolitische Bildung im Zeitalter der Globalisierung

A. Problem

Die Globalisierung schreite – so wird in dem Antrag ausgeführt – mit großer Geschwindigkeit voran. Auch in Deutschland erfasse sie immer mehr Lebensbereiche. Die Umwälzungen auf ökonomischem, technologischem und kulturellem Gebiet beinhalteten bedeutende Chancen, verunsicherten jedoch auch viele Menschen. Es häuften sich die Hinweise, daß die großen gesellschaftlichen Reformen gerade in den OECD-Staaten schneller vorankämen, die in der Vergangenheit der interkulturellen, ökologischen und entwicklungspolitischen Bildung einen hohen Stellenwert eingeräumt hätten. Insofern leiste die entwicklungspolitische Bildung entscheidende Beiträge, auf der Ebene des Wissens mit der Globalisierung grundsätzlich Schritt zu halten und zu vermeiden, daß sich bedeutende Teile der Öffentlichkeit, überfordert von der politischen Diskussion und Mitwirkung, zurückzögen. Auf sozialem Gebiet habe die große Mehrheit der Entwicklungsländer Fortschritte erzielt, die bemerkenswert seien. Zum Beispiel seien die Lebenserwartung gestiegen, die Kindersterblichkeit gesunken, die Alphabetisierung höher. Dies sei allerdings in der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden.

Die Anstrengungen und Ausgaben auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Information und Bildung sollten aus den genannten Gründen deutlich erhöht werden. Dies betreffe vor allem den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die finanzielle Unterstützung der entwicklungspolitischen Bildung der Nichtregierungsorganisationen – NRO (kirchliche Träger und Werke eingeschlossen) solle deutlich angehoben werden. Die NRO leisteten speziell auf diesem Gebiet eine unentbehrliche Arbeit, die unmittelbar im staatlichen und gesamtgesellschaftlichen Interesse liege. Für den NRO-Bereich solle eine Trägerstrukturförderung nicht länger abgelehnt werden.

B. Lösung

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag abgelehnt, weil die gegenwärtige Haushalts-situation eine Erhöhung der Ansätze für entwicklungspolitische Bildung nicht zulasse.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß**C. Alternative**

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/9607 – abzulehnen.

Bonn, den 6. Mai 1998

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski
Vorsitzender

Alois Graf von Waldburg-Zeil
Berichterstatte

Adelheid Tröscher
Berichterstatte

Dr. Uschi Eid
Berichterstatte

Roland Kohn
Berichterstatte

Bericht der Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil, Adelheid Tröscher, Dr. Uschi Eid und Roldand Kohn**I.**

Der Antrag in der Drucksache 13/9607 ist dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der 211. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 1998 zur alleinigen Beratung überwiesen worden. Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über den Antrag in seiner 74. Sitzung am 6. Mai 1998 beraten und ihn mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

II.

Die **Fraktion der CDU/CSU** brachte zum Ausdruck, der Antrag beinhalte im wesentlichen die Forderung an die Bundesregierung, die Mittel für entwicklungspolitische Bildung anzuheben. Dies jedoch lasse die gegenwärtige haushaltsmäßige Situation des Einzelplans 23 – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – nicht zu. Aus diesem Grunde werde die Fraktion der CDU/CSU den Antrag, der durchaus eine gute Analyse enthalte, ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, der Antrag sei Ausfluß der vom Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 29. Oktober 1995 durchgeführten Anhörung zum Thema: „Die entwicklungspolitische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit“. Auch nach dem, was in jüngster Zeit bei Wahlen deutlich geworden sei, müsse die Bildung über entwicklungspolitische Themen als ein ganz wichtiger bildungspolitischer Auftrag für alle betrachtet werden. Die erforderlichen Mittel für die Wahrnehmung dieser Aufgabe müßten zur Verfügung gestellt werden, auch wenn der Etat für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in den letzten Jahren stark abgesenkt worden sei. Freilich brauche man hierfür mehr Mittel. Bedauerlicherweise sei der Einzelplan 23 in den letzten Jahren stark gesenkt worden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, sie werde den Antrag unterstützen.

Die **Fraktion der F.D.P.** war ebenso wie die Fraktion der CDU/CSU der Auffassung, daß die gegenwärtige Haushaltssituation eine Erhöhung der Mittel für entwicklungspolitische Bildung nicht zulasse.

Bonn, den 6. Mai 1998

Alois Graf von Waldburg-Zeil

Berichterstatter

Adelheid Tröscher

Berichterstatlerin

Dr. Uschi Eid

Berichterstatlerin

Roland Kohn

Berichterstatter